



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 20951/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/160

13. Juli 1950

Hinweise
auf den Inhalt:

Ein Gespräch Eden - Stalin -durch Korea wieder aktuell geworden-	S. 1
Romeo und Julia in Finnland -Bericht aus Helsinki-	S.3
Bayrische Wahlpräudien	S.4
Ost-Nachrichten	S.6

Ein Gespräch Eden - Stalin

sp. Eden hat sich mit Stalin über das heute wieder höchst zeitgemässe Thema einer festen Haltung gegenüber Aggressoren unterhalten. Das Gespräch hat zwar vor neun Jahren stattgefunden, aber es hat seine guten Gründe, warum der frühere englische Aussenminister jetzt seinen Inhalt einer Welt bekanntgibt, die sich mit tiefer Sorge fragt, was der Machthaber im Kreml im Falle Koreas wohl zu tun beabsichtigt. Der Aggressor, um den es sich bei dem Gespräch von 1941 handelte, war natürlich Hitler, nicht Stalin. Nach Eden hat Stalin damals die Weisheit einer festen Haltung der Welt gegen einen Angreifer lebhaft bejaht. Er hat zugleich davor gewarnt, Hitler zu unterschätzen, wenn dieser auch eine entscheidende Schwäche habe: nicht zu wissen, wann er aufhören müsse. "Ich glaube, ich habe daraufhin gelächelt" - so berichtet Eden. "Auf alle Fälle wandte sich Stalin zu mir und erklärte: 'Sie lächeln. Ich weiss warum. Sie glauben, dass ich, wenn wir gesiegt haben, auch nicht wissen werde, wann ich aufzuhören habe. Sie irren sich. Ich werde es wissen'".

Angesichts der ungeheuren Machterweiterung des Kremles im weiten europäischen und asiatischen Umkreis der Sowjetunion mögen diese Worte als überholt und widerlegt erscheinen. Aber dieser

Schein trägt. Das Beunruhigende dieser riesigen sowjetischen Macht-
ausdehnung liegt gerade darin, dass sie verwirklicht worden ist,
ohne dass auch nur ein einziges sowjetisches Bataillon zu marschie-
ren brauchte. Die Franzosen kämpfen in Indochina, die Briten in
Malaya, die Amerikaner jetzt in Korea. Das ganze Riesenreich China
ist eine Beute des Kommunismus geworden. Seit dem Ende des zweiten
Weltkrieges haben von den Grossen Fünf nur die Russen nicht gekämpft,
aber viel gewonnen, die anderen viel gekämpft und nichts gewonnen.

So wie der Kommunismus mit dem Nationalsozialismus, ist auch
Stalin mit Hitler oft, zumal nach den Erfahrungen der jüngsten Zeit,
verglichen worden. Die Parallelen sind naheliegend und doch einiger-
massen irreführend, vor allem, wenn man daraus Schlüsse zu ziehen
sucht auf die wahrscheinliche Haltung Moskaus in der augenblicklich
so brennenden koreanischen Frage. Auch Eden scheint der Auffassung
zuzuneigen, dass der Kreml die offene Unterstützung Nordkoreas ver-
meiden will angesichts der entschlossenen Haltung der Amerikaner und
der Zustimmung so vieler Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen zum
Eingreifen Washingtons. Edens Erinnerung an sein Gespräch mit Stalin
hat ganz offensichtlich diesen Sinn gehabt. Gewiss kann niemand heute
voraussehen, was Stalin morgen tun wird. Diktatoren sind immer unbe-
rechenbar. Aber das Rezept des Kreml, das der amerikanische Kommen-
tator Walter Lippmann "eine teuflische geniale Abart der alten Kunst,
durch das Teile und Herrsche ein Weltreich aufzubauen" genannt hat,
spricht gegen ein bewaffnetes Eingreifen der Sowjetunion. Moskau ver-
fährt nicht sehr zimperlich mit den fremden Landsknechten, die für
seine Sache fechten. Es hat es den Truppen Maos kaltlächelnd überlas-
sen, sich die modernen Waffen und Transportmittel, die sie für die
weiträumigen Operationen brauchten, bei den Armeen Tschiang-Kai-Scheks
selbst zu holen. Es ist bis heute niemals auch nur der Schatten ei-
nes Beweises gegeben worden, dass Mao mit sowjetischen Waffen kämpf-
te. Dennoch sind 450 Millionen Chinesen heute in der sowjetischen
Machtsphäre.

Der Kreml leiht Nordkorea mit heftigen Worten seine diplomati-
sche Unterstützung. Wie weit die Panzer Nordkoreas, die heute in Süd-
korea operieren, aus der Zeit des Aufbaues der Armee mit russischer
Hilfe oder aus der jüngsten Zeit stammen, ist schwer feststellbar.
Wenn Stalin aber den Notenden die Waffen und den Waffen die Truppen fol-
gen lassen sollte, wäre das ein Zeichen, dass er die Hoffnung aufge-
geben hat, auf dem bisherigen Wege der unbewaffneten Machterweiterung
noch Beute machen zu können. Es wäre zugleich der erste Beweis, dass
er seine Grenzen nicht mehr kennt und 1950 tut, was er 1941 als die
grosse Schwäche Hitlers bezeichnet hat.

Romeo und Julia in Finnland

HRK Helsingfors, im Juli

Dass der ehemalige finnische Reichstagspräsident Kekkonen nun Ministerpräsident und der ehemalige Ministerpräsident Fagerholm nun wieder Reichstagspräsident geworden ist, ist nicht die einzige Pikanterie in den wechselseitigen Beziehungen dieser beiden Männer. Man sagt, früher sei die Tochter des Ministerpräsidenten in den Sohn des Reichstagsabgeordneten verliebt gewesen, während jetzt der Sohn des Ministerpräsidenten in die Tochter des Reichstagspräsidenten verliebt ist. Die Sache ist nämlich so, dass Britta Fagerholm, die 19-jährige Tochter des sozialdemokratischen Politikers und der 22-jährige Medizinstudent Tanneli Kekkonen einander gefunden haben, während die Väter in bitterster politischer Feindschaft leben, einer Feindschaft, die persönlicher Züge nicht ermangelt.

Ihren stärksten Ausdruck fand diese Feindschaft während des Frühjahres, da Fagerholm im Auftrage des Präsidenten in einem Arbeitskonflikt vermittelte, der Finnland mit einem Generalstreik bedrohte. Der Vergleich, den Fagerholm erreicht hatte, wurde von Kekkonen nicht gebilligt. Kekkonen musste erst von seinen Ministerkollegen gezwungen werden, ihn zu akzeptieren. Der Generalstreik war verhindert, und zwar gegen die Absicht Kekkonens, dessen Arbeit gegen den Fagerholmschen Vergleich von Moskau mit Wohlwollen verfolgt worden war.

Die bürgerliche Minderheitenregierung unter Kekkonen vermehrt die Gefahr sozialer Unruhe. Kekkonens Umnachgiebigkeit arbeitet in der gleichen Richtung. Kein Wunder, dass er in Moskau gefeiert wurde, wo man noch immer lieber Bürgerliche an der Macht sieht als Sozialdemokraten. Der Handelsvertrag ist ein Erfolg Finnlands, im besonderen ein Erfolg Kekkonens, sagt die bürgerliche Presse. In Wirklichkeit ist er ein Ergebnis sowjetischer Spekulationen. Was man Fagerholm verweigerte, hat man Kekkonen zugestanden. Daraus innerpolitische Konsequenzen zu ziehen, ist nun Sache Kekkonens und der bolschewistischen Propaganda.

Der Handelsvertrag wird bei normaler Entwicklung dazu führen, dass im Jahre 1955 nicht weniger als 70 Prozent des gesamten finnischen Exports nach der Sowjetunion gehen werden. Das wird für die Entwicklung der politischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern nicht wenig bedeuten. Der Zwang zur Lieferung von Kriegsentschädigungen an die Sowjetunion hat die finnische Industrie so zum Schwellen gebracht, dass sie nun 46.000 Arbeiter mehr beschäftigt als 1937. Diese industrielle

Expansion wird durch den Handelsvertrag aufgefangen und ausgenutzt werden können.

Was immer die Väter tun werden: Britta und Tanneli wollen nicht voneinander lassen. Wird auf die Dauer der "gute" Handelsvertrag nicht doch eine grössere Gefahr für ihren Lebensbund werden als es die Feindschaft der Väter ist?

Bayrische Wahlpräludien

M.R.München, im Juli (Eigenbericht)

Die Ende November in Bayern stattfindenden Landtagewahlen werfen ihre Schatten voraus. Allerorts werden von den bürgerlichen Parteien Gespräche des Inhalts geführt, die Aufsplitterung der bürgerlichen Stimmen durch Wahlbündnisse zu vermeiden und dadurch die SED an die Wand zu drücken. Die Gespräche zeigen aber gleichzeitig, wie gross die Uneinigkeit in den einzelnen bürgerlichen Parteien ist.

Es ist ein offenes Geheimnis in Münchner politischen Kreisen, daß Bundesfinanzminister Fritz Schäffer in Bayern ausserordentlich aktiv sein politisches Ziel, die Errichtung der alten Bayrischen Volkspartei, verfolgt. Er dürfte wahrscheinlich auch garnicht abgeneigt sein, das Amt des Bundesfinanzministers mit dem des bayrischen Ministerpräsidenten zu vertauschen, "wenn das bayrische Volk ihn ruft". Kanzler Adenauer würde wahrscheinlich auf seinen ohnedies von allen Seiten angefeindeten Finanzminister gern verzichten, weil er hofft, mit Schäffer als bayrischem Ministerpräsidenten besser auszukommen als mit Dr.Ehard, der seine eigene Anschauung auch gegenüber Adenauer mit Ausdauer, Geschick und Sachkenntnis vertritt. Dass diese "Bonner Spiele" in der Bayrischen Staatskanzlei mit Misstrauen verfolgt werden, bedarf keines besonderen Beweises, zumal Dr.Ehard an dem Gedanken einer selbständigen CSU unbedingt festzuhalten beabsichtigt.

Gleichzeitig laufen die Verhandlungen zur Bildung eines "Bürgerblocks", dem die CSU, die Bayernpartei und die FDP angehören sollen, mit dem Ziel, durch gemeinsame Kandidaten der SED den Rang abzulaufen.

Kultusminister Hundhammer steht an der Spitze der Befürworter eines solchen Wahlbündnisses. Die FDP glaubt ihrerseits, damit leicht die 10-Prozent-Hürde überspringen zu können. Hier ist es besonders Bundesjustizminister Dr. Dehler, der als Landesvorsitzender der FDP die Schaffung solcher Wahlbündnisse betreibt. Er möchte auch in Bayern die nach seiner Meinung so erfolgreiche Bonner Koalition installieren. Nicht ganz scheint die Rechnung mit der Bayernpartei aufzugehen. Während bei der Bundestags-Nachwahl in Kulmbach die Bayern-Partei noch in den Bürgerblock eintrat, mehren sich jetzt die Stimmen davor, die von einem Wahlbündnis mit der CSU nichts wissen wollen. Auf einer Arbeitstagung beschlossen die Kreis- und Bezirksvorsitzenden der Bayernpartei am vergangenen Sonntag in Regensburg, "mit keiner Partei im kommenden Wahlkampf ein Bündnis abzuschliessen". Gleichzeitig ist dieser Beschluss ein Zeichen dafür, dass Dr. Baumgartner in den internen Auseinandersetzungen der Bayernpartei gesiegt hat.

Die bayrische Industrie, die natürlich an einem bürgerlichen Sieg stark interessiert ist, will der CSU, der FDP und der Bayernpartei 600 000 DM für den Wahlkampf zur Verfügung stellen. Wie der Sekretär des Landesausschusses der bayrischen Industrie, Ferdinand Bender, kürzlich erklärt hat, sollen die Unternehmer durch Zahlung von je einer DM für jeden Beschäftigten, diese 600 000 DM aufbringen. Daß diese Tatsache öffentlich besprochen und mit der bewusst falschen Behauptung begründet werden, die Gewerkschaften unterstützten ebenfalls, wenn auch andere Parteien, läßt einen Schluß auf die Rücksichtslosigkeit zu, mit der der kapitalistische Bürgerblock den Wahlkampf führen will.

Die ersten Wechsel auf diese Summe wurden bereits bei der Beratung des "Bayrischen Betriebsrätegesetzes" präsentiert. Nach zweieinhalbjähriger Beratung dieses Gesetzes haben CSU und FDP plötzlich 38 Abänderungsanträge eingebracht, die die Vorlage in wesentlichen Teilen verschlechtern oder überhaupt zu Fall bringen werden. Dieser Entwicklung entspricht auch der Beschluss der CSU, eine Reihe namhafter Industrieller auf ihren Listen zur Landtagswahl zu nominieren.

Nachrichten aus der Sowjetzone:Falsch verstandene Friedenskonferenz

sp. 155 Funktionäre des SED-Bezirks Sachsens hatten auf einer "Friedens"-Konferenz in Dresden eine Resolution gefasst, die mit dem Satz schloss: "Krieg bedeutet für das deutsche Volk auf jeden Fall, gleichgültig wie sein Ausgang ist, restlose Vernichtung." Mit dieser klaren Erkenntnis war aber das Mitglied des Kreisvorstandes, S c h l e c h t e, sicherlich nicht ohne Befehl des SED-Politbüros, nicht einverstanden und griff sie in der "Sächsischen Zeitung" Dresden scharf an. Er schreibt: "Diese Formulierung zeigt, dass man noch nicht gerechte von ungerechten Kriegen zu unterscheiden vermag. Imperialistische, ungerechte Kriege - das zeigt der faschistische Krieg, bringen ein Volk an den Rand des Ruins. Vaterländische, gerechte Kriege - das zeigt der sowjetische Befreiungskampf - führen zum Sieg des um seine Existenz kämpfenden Volkes.... Der Beschluss des Politbüros unserer Partei vom 2. März 1949 heisst: Im Falle einer Aggression ist es die Pflicht des deutschen Volkes, gegen die Aggressoren zu kämpfen und die Sowjetarmee... zu unterstützen!"

"Feind hört mit" - bei der Volkspolizei

sp. Sämtliche Angehörige der Volkspolizei haben sich schriftlich verpflichten müssen, selbst über die harmlosesten Vorgänge innerhalb der Volkspolizei zu schweigen. Jede Mitteilung, die aus der Volkspolizei an die Öffentlichkeit gelangt, wird nach der Verwarnung, die die Volkspolizisten erhalten haben, ganz gleich ob vorsätzlich oder fahrlässig geschehen, als "politischer Verrat" mit 25 Jahren Zwangsarbeit bestraft. Weiter wurden alle Volkspolizeikommandeure angewiesen, bei Namensnennungen in Berichten der westlichen Presse und Sender sofort Versetzungen vorzunehmen. Rias-Berichte haben wiederholt den Aufbau der Volkspolizei durch ständige Umbesetzungen gestört.

Auf "Überläufer" darf geschossen werden

sp. Der thüringische kommunistische Innenminister Gebhard hat in einem Aufruf an die ihm unterstehenden Volkspolizei-Kader gefordert, die Volkspolizisten mögen aufeinander achten und etwaige Fluchtvorbereitungen dem nächsten Vorgesetzten melden. Zur Verhinderung einer Flucht nach dem Westen kann danach von der Schusswaffe Gebrauch gemacht werden. Volkspolizisten, denen es gelingt, "Überläufer" und "verräterische Elemente" zur Strecke zu bringen, wird eine hohe Geldbelohnung und die sofortige Beförderung in den nächsten Dienstgrad versprochen. Der Aufruf schliesst: "Jeder hat die Beförderung in der Hand."

Verantwortlich: Peter Raunau